

*„Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“
Novellierte Fassung 2017*



Inhalt	Seite
1. Der Dortmunder Aktionsplan: Vorbemerkung zum Entstehungsprozess	3
2. Positionsbestimmung	4
3. Handlungsfelder	7
3.1 Rechtsextreme, nationalistische und menschenfeindliche Organisationen und Bewegungen	7
3.2 Information und Aktivierung der Stadtgesellschaft	11
3.3 Institutionen und Akteursnetzwerke	13
3.4 Stadtteilarbeit	14
3.5 Schutz und Hilfe für von rechtsextremer Gewalt bedrohte und betroffene Menschen	16
3.6. Ausstieg und Deradikalisierung	17
3.7. Öffentlichkeitsarbeit der Rechtsextremisten und Gegenöffentlichkeit	19
4. Strategische Umsetzung	22

1. Der Dortmunder Aktionsplan: Vorbemerkung zum Entstehungsprozess

Der Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus basiert auf einem Beschluss des Rates der Stadt Dortmund vom 11. September 2007.

Der Rat der Stadt Dortmund fordert darin die Stadtverwaltung auf, das Problem des Rechtsextremismus zu analysieren. Bestehende Strukturen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sollen vernetzt werden. Die Verwaltung erstellt ein Handlungskonzept für Vielfalt, Demokratie und Toleranz.

Zur Umsetzung und Koordinierung der im Aktionsplan genannten Ziele und Aufgaben wurden ein ehrenamtlicher Sonderbeauftragter aus der Zivilgesellschaft ernannt und eine „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ eingerichtet.

Um zivilgesellschaftliche Aktionen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie zu unterstützen, werden seit 2008 vom Rat der Stadt Dortmund Fördermittel bereitgestellt.

Als Basis für den Aktionsplan, hat das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld im Auftrag der Stadt Dortmund 2010 eine umfangreiche Studie mit dem Titel „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ erstellt, die im Jahr 2012 aktualisiert wurde.

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben eine Neufassung dieses Aktionsplans notwendig gemacht.

Der Partizipationsprozess zur Entwicklung des Dortmunder Aktionsplans wurde im Jahr 2010 mithilfe von Workshops organisiert.

Beteiligt waren wesentliche Akteurinnen und Akteure der Dortmunder Zivilgesellschaft, die gegen Rechtsextremismus tätig sind, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung aus unterschiedlichen Fachbereichen.

Im Zentrum der Workshops stand die Identifizierung von wesentlichen Handlungs- und Problemfeldern im Kampf gegen Rechtsextremismus in Dortmund.

Die Zusammenstellung im vorliegenden Aktionsplan basieren maßgeblich auf dieser Arbeit.

Die Bestandsaufnahme der Aktivitäten zur Stärkung der lokalen Demokratie sowie im Kampf gegen Rechtsextremismus hatte maßgeblichen Anteil an der breiten Akzeptanz des am 24.11.2011 vom Rat der Stadt Dortmund beschlossenen Aktionsplans.

Das partizipative Moment war daher auch bei der nunmehr hier vorgestellten novellierten Fassung des Aktionsplans von herausragender Bedeutung.

Es verdeutlicht einmal mehr die große Bereitschaft der Dortmunder Zivilgesellschaft, sich gegen den Rechtsextremismus in unserer Stadt einzusetzen. Auch schafft es die Grundlage für den höchstmöglichen Grad der Verbindlichkeit, die Ziel dieses Aktionsplans ist.

2. Positionsbestimmung

Dortmund ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Ein Blick in die Geschichte und Entwicklung unserer Stadt zeigt, wie sehr wir von der kulturellen Vielfalt und den Impulsen von Menschen, die Dortmund als ihre neue Heimat begriffen haben, profitieren.

Zuwanderung / Geflüchtetenhilfe

Dass Menschen aus anderen Ländern zuwandern und aus Kriegsgebieten zu uns flüchten, begreifen wir sowohl als Verpflichtung als auch als Chance.

Durch den 2011 verabschiedeten Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und die Vielzahl der daraus resultierenden Maßnahmen ist es gelungen, die Zahl der zivilgesellschaftlich Handelnden gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus zu vergrößern und besser zu vernetzen.

Dieser Prozess wird durch die Fortschreibung des Aktionsplans fortgesetzt und ausgebaut.

Dabei sollen auch neue Mitwirkende - zum Beispiel die in der Geflüchtetenhilfe tätigen Organisationen und Personen - gewonnen und einbezogen werden. Auch soll damit die Instrumentalisierung von Zuwanderung und geflüchtete Menschen im Aktionsplan thematisiert werden.

Wir sind uns bewusst, dass die Zivilgesellschaft bei ihren Projekten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie auch der finanziellen Unterstützung der Kommune bedarf. Die Stadt Dortmund hat deshalb schon in den letzten Jahren Projekte auf der Basis des bisherigen Aktionsplanes gefördert.

Rechtsextreme Szene

Wir stellen mit Sorge fest, dass es eine zunehmende Radikalisierung des Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft und nach wie vor eine beständige und gewaltbereite rechtsextreme Szene in unserer Stadt gibt.

Es ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte in unserer Stadt, den Versuchen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben und ein Klima der Einschüchterung und des Fremdenhasses zu verbreiten, entschieden entgegenzutreten.

Wir stellen uns jeglicher Form von Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie politisch motivierter Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung entschieden entgegen.

In Dortmund haben gewalttätige politische Aktions- und Ausdrucksformen keinen Platz.

Gesellschaftliche Vielfalt

Wir entwickeln mit der Fortschreibung des Aktionsplans die demokratische Kultur und die bürgerschaftliche Beteiligung zur Stärkung unseres Gemeinwesens weiter.

Unser gemeinsames Ziel ist eine Stadtgesellschaft, die die Teilhabe aller Gruppen unserer Gesellschaft fördert und aktiv unterstützt.

Dies gilt im besonderen Maße für alle Menschen, die zu einer oder mehreren der in der Charta der Vielfalt genannten „Diversity“-Dimensionen (Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung, ethnische Herkunft und Nationalität, Religion und Weltanschauung) gehören. Wir betonen die Notwendigkeit der Einbeziehung und Teilhabe aller dieser Menschen auch aufgrund der Tatsache, dass rechtsextremistische Strömungen und Aktivistinnen und Aktivisten den „Minderheiten“ elementare demokratische Rechte vorenthalten wollen.

Dortmund ist seit 2008 Mitglied der Charta der Vielfalt.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung von Vielfalt haben positive Auswirkungen auf die gesamte Stadtgesellschaft. Rechtsextreme wollen diese Vielfalt nicht. Sie werten stattdessen ab, um sich selbst aufwerten zu können. Dieser gefährliche Mechanismus ist von unterschiedlichen Seiten wissenschaftlich analysiert worden.

„Raumkampf“, auch im World Wide Web

Diesen Analysen zufolge greifen Rechtsextreme auf das menschenverachtende und zynische Konstrukt „Volksgemeinschaft“ zurück. Wie der historische Nationalsozialismus bestimmen sie dabei, wer zur „Volksgemeinschaft“ gehört und wer aus rassistischen, antisemitischen, politischen, sozialen oder anderen Gründen nicht dazugehört.

Wir wissen, wohin diese demokratie- und menschenfeindliche Ideologie in Dortmund in der Vergangenheit geführt hat und auch heute führt:

- zu Gewaltexzessen mit Todesopfern und Verletzten,
- zu konkreten Einschüchterungen und Bedrohungen von politischen Gegnerinnen und Gegnern, Journalistinnen und Journalisten, von Zugewanderten und von Menschen mit Behinderung,
- zu einem latenten Anwachsen von Bedrohungsgefühlen.

Wir treten allen Versuchen entgegen, Teile des öffentlichen Raumes unserer Stadt als rechtsextreme Zone zu propagieren bzw. für sich zu beanspruchen.

Auch die "Räume" der Rechtsextremen haben sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Sie missbrauchen öffentliche Medien, PR-Organen, Internet und die sogenannten Social Media, um ihre menschenverachtenden Botschaften zu verbreiten und besonders um Nachwuchs zu gewinnen. Um dem zu begegnen, bedarf es starker professioneller Handlungsziele und -maßnahmen sowie eines neuen Handlungsfeldes in diesem Aktionsplan.

Rechtspopulismus

Wir sehen mit Sorge den Anstieg rechtspopulistischer Einstellungen. Der Bereich des Rechtspopulismus ist deshalb neu in das erweiterte Handlungsfeld „Rechtsextreme, nationalistische und fremdenfeindliche Organisationen und Bewegungen“ aufgenommen worden.

Rechtspopulistische Positionen werden dabei zunehmend von Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen akzeptiert und übernommen, die sich als Verlierer oder Opfer gesellschaftlicher Prozesse fühlen. Die eigenen Einstellungen werden dabei vielfach nicht als antidemokratisch wahrgenommen. Das bietet Rechtsextremen die Möglichkeit, mit Hilfe des Rechtspopulismus politischen Protest zu schüren und zugleich zu verhindern, als rechtsextrem erkannt zu werden.

Auch der Rechtspopulismus stellt eine Bedrohung für die Demokratie dar und ist nicht vereinbar mit einem Bekenntnis „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“. Wir sehen die Notwendigkeit, der Verstärkung der rechtsextremen Szene mit einer weiteren Intensivierung der Radikalisierungsprävention und Ausstiegsarbeit zu begegnen.

Erfreulicherweise haben durch den Aktionsplan Maßnahmen und Aktionen gegen Rechtsextremismus in Dortmund in den letzten Jahren weiter zugenommen. Ein dichtes Netz von Einrichtungen und Initiativen arbeitet seit vielen Jahren an der Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus und an der Stärkung von Zivilcourage, Vielfalt, Respekt, Toleranz und Demokratie.

Wir treten für eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, Polizei und Kommune sowie für eine unabhängige Justiz ein. Die Justiz soll rechtsextreme und rassistische Straftaten mit der notwendigen Sensibilität betrachten und behandeln.

3. Handlungsfelder

3.1 Rechtsextreme, nationalistische und menschenfeindliche Organisationen und Bewegungen

A. Organisierter Rechtsextremismus

Die „rechtsextremistische Strukturen in Dortmund“ wurden im Rahmen der Studie „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ 2010 vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld untersucht. Das 2012 veröffentlichte „Update“ dieser Untersuchung und die seitdem durch Szenekenner gemachten Beobachtungen haben den organisierten Rechtsextremismus in Dortmund detailliert beleuchtet und hierbei wichtige Strukturen und Strategien der rechtsextremen Szene offengelegt.

Der lokale Rechtsextremismus hat nach wie vor verschiedene Schattierungen. Vor allem zu nennen sind die Autonomen Nationalisten/der Nationale Widerstand Dortmund und ihre Nachfolger wie etwa die Partei „Die Rechte“ sowie der „Freundeskreis Rechts“.

Sie bedienen sich neuer Methoden des Raumkampfes. Vermehrt werden durch neonazistische Graffiti, Plakate und Aufkleber Straßen und Plätze markiert. Dies wird in besonderen Bereichen durch erhöhte persönliche Präsenz und damit verbundener Einschüchterung der Bevölkerung verstärkt.

Rechtsextremisten nutzen darüber hinaus verstärkt das Internet und die sozialen Medien, um speziell Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Sie bedienen sich dabei der Symbole und Trends aus der Jugendkultur.

Den jugendlichen Szene-Mitgliedern soll eine „Erlebniswelt“ geboten werden, die viel Action verspricht. Dazu zählen ein vermitteltes Gefühl von Stärke und „revolutionärem Willen“, häufige Flugblatt-Verteilaktionen, kleinere „spontane“ Aktionen, Konzerte und Partys. Dazu gehören allerdings auch nächtliche Sachbeschädigungen und gewalttätige, äußerst brutale Übergriffe auf „gegnerische“ Jugendliche und deren Familien. Immer wieder machen Neonazis in Dortmund gezielt Jagd auf politisch Andersdenkende. Erklärtes Feindbild ist das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland. In ihrem dem Raumkampf zugrundeliegenden Hegemonieanspruch wollen sie anderen weismachen, dass „Dortmund ihre Stadt“ sei“. Zu ihren Gegnern erklären sie neben „linken“ Jugendlichen alle diejenigen, die sich ihnen in den Weg stellen.

In den letzten Jahren sind außerdem verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund sowie Geflüchtete und Asylsuchende in den Fokus der Rechtsextremen geraten.

Ziele von Attacken sind neben Angriffen auf Einzelpersonen immer wieder Parteibüros, Wohnhäuser von Nazi- Gegnern, Flüchtlingsunterkünfte oder Lokale und Geschäfte aus dem alternativen Umfeld, aber auch die Polizei.

Darüber hinaus äußern Menschen mit Behinderungen teilweise Ängste vor rechtsextremen Gruppen oder Einzelpersonen und fühlen sich im öffentlichen Raum nicht mehr sicher.

Strategische Ziele

- Die Nachwuchsgewinnung wird den rechtsextremen Kadern erschwert.
- Ausstiege aus der rechten Szene werden erleichtert und die bestehenden Ausstiegsangebote weiterentwickelt.
- Es wird ein regelmäßiges Informationsangebot für die Bevölkerung entwickelt.
- Zivilgesellschaftliche Vereine und Gruppen sowie kommunale und staatliche Institutionen zu stärken, um Einschüchterung und Bedrohung durch Rechtsextreme wirkungslos zu machen, ist eine Daueraufgabe.
- Neue Bündnispartnerinnen und-Bündnispartner sollen generationsübergreifend gewonnen werden.
- Angestrebt wird eine generationsübergreifende Wertevermittlung im Sinne der globalen Menschenrechtslehre und einer aktiven Extremismusprävention.
- Die Klärung des Umgangs und die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Mitgliedern in Rat und Bezirksvertretungen besitzt hohe Priorität.
- Aktionsräume und Entfaltungsmöglichkeiten des organisierten Rechtsextremismus müssen nachhaltig eingeschränkt und der öffentliche Raum auch weiterhin zivilgesellschaftlich besetzt werden
- Die Polizei und die Ordnungsbehörden werden aufgefordert, ihren repressiven Druck auf Rechtsextreme behördenübergreifend nachhaltig aufrecht zu erhalten und deren Aktivitäten mit den Mitteln des Rechtsstaates einzuschränken.

Maßnahmenvorschläge

- Das Beratungsangebot für Eltern und Bezugspersonen von rechtsextremistischen Jugendlichen wird weiterentwickelt.
- Es werden Angebote für Schülerinnen und Schüler, die rechtsextremistischen Gruppierungen angehören oder mit deren Gedankengut sympathisieren, erarbeitet.
- Für Jugendliche, die sich selbst der rechtsextremen Szene nahe oder zugehörig fühlen, wird ein spezielles soziales Trainingsangebot vorgehalten.
- Die Polizei wird aufgefordert, ständig und eng die rechtsextremen Führungskader in Dortmund zu überwachen.
- Informationen über rechtsextreme Strukturen und deren Funktionäre werden systematisch gesammelt, gebündelt, dokumentiert und weitergegeben.
- Bei Aufmärschen müssen Raumgewinne der Nazis aktiv verhindert werden.
- Ritualisierung ist wichtig, das heißt feste Termine für Aktionen und Veranstaltungen werden vorgehalten.
- Die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft wird gestärkt.

B. Rechtspopulismus

Rechtspopulismus ist laut Statistiken und wissenschaftlichen Untersuchungen kein Randphänomen sondern in der Gesamtgesellschaft vertreten. Rechtspopulisten fallen weniger durch konstruktive politische Arbeit als vielmehr durch verstörende und menschenfeindliche Misstöne auf. Besonders vor dem Hintergrund aktueller kommunaler Aufnahme- und Integrationsaufgaben dürfen die Auswirkungen auf das demokratische und soziale Miteinander nicht unterschätzt werden. Dasselbe gilt für die Mobilisierungsfähigkeit rechtspopulistischer Agitation. Es bedarf daher einer zielgerichteten Auseinandersetzung mit dem demokratiefeindlichen Phänomen und dessen Auswirkungen auf die lokale demokratische Kultur.

Der Rechtspopulismus wendet sich gegen zentrale Grundpfeiler des demokratischen Zusammenlebens. Er verschleiert oftmals seine Ungleichwertigkeitsideologie, um seine Anschlussfähigkeit an die Egalitätsvorstellungen demokratischer Ordnungen, sprich politischer und sozialer Gleichheit, vorzutäuschen. Tatsächlich werden jedoch komplexe soziale, politische und ökonomische Problemlagen durch Nationalisierung, Ethnisierung und Kulturalisierung auf vereinfachende Bedrohungs- und Untergangsszenarien reduziert bzw. in eine Vertrauens-, Legitimations-, und Identitätskrise der pluralisierten Gesellschaft umgedeutet. Mit kalkulierter Provokation und Tabubrüchen werden abwertende, kulturrassistische und fremdenfeindliche stereotype Feindbilder als vermeintlich demokratische Lösungen für fiktive Bedrohungslagen präsentiert. So werden unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund oder geflüchtete Menschen zu Opfern.

Trifft die politische Hetze des Rechtspopulismus auf menschenfeindliche Einstellungsmuster in der Bevölkerung, kann dies das demokratische Miteinander und die demokratische Kultur in einer Stadtgesellschaft zerbrechlich werden lassen oder gar zerreißen. Die angenommene Ungleichwertigkeit von Menschen sowie einsetzende Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft öffnen darüber hinaus in vielen Fällen die Grenze zu rechtsextremen Positionen.

Strategische Ziele

- Die aktuellen und lokalbezogenen-Erkenntnisse zu Ausmaß und Ausprägungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen und rechtspopulistischen Einstellungsmustern im Besonderen in der Bevölkerung werden in den Blick genommen.
- Im Rahmen einer aktiven Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus müssen die rhetorischen Muster und Kommunikationsstrategien verstanden und Interventions- und Handlungsstrategien entwickelt und vermittelt werden.
- Alle demokratisch Verantwortlichen in der Stadt werden den Rechtspopulisten geschlossen gegenüberzutreten, ohne diesen die Möglichkeit zu bieten, sich als Opfer einer „Meinungsdiktatur“ darzustellen.
- Alle politischen Teilhabeformen werden auch in ihrer Barrierefreiheit (weiterentwickelt), um einer politischen Entfremdung der Bevölkerung vorzubeugen.

Maßnahmenvorschläge

- In Ergänzung zu den bereits erhobenen Daten zum Thema Rechtsextremismus müssen Ausmaß und Verbreitung menschenfeindlicher und rechtspopulistischer Einstellungen innerhalb der Dortmunder Bevölkerung wissenschaftlich erhoben werden. Daraus können tragfähige Gegenmaßnahmen entwickelt werden.
- Es werden Interventions- und Handlungsmaßnahmen entwickelt, die einen demokratischen Umgang mit rechtspopulistischer Agitation in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen.
- Alle demokratisch Verantwortlichen werden als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren befähigt, sich durch sachliche und wissenschaftlich fundierte Argumentation gegen menschenfeindliche und undemokratische Ideologien zu wenden. Bei öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen sollen sie für demokratische Werte plädieren sowie aufzeigen können, dass Bedrohungs- und Untergangsszenarien und Feindbilder nicht zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen.
- Beteiligungsformate werden so gestaltet, dass eine barrierefreie Teilnahme ermöglicht wird.
- Es gilt, Maßnahmen zu entwickeln, die verhindern, dass Rechtspopulisten relevante lokalpolitische Themen zur Selbstdarstellung zweckentfremden.

3.2 Information und Aktivierung der Stadtgesellschaft

Die Stärkung der lokalen Demokratie und die gemeinsame Arbeit gegen Rechtsextremismus sind langfristige Herausforderung und Daueraufgabe zugleich. Hierbei gilt es, die Bevölkerung ständig über rechtsradikale und rechtspopulistische Entwicklungen in unserer Stadt zu informieren, alle Teile der Stadtgesellschaft mit möglichst passgenauen Angeboten zu sensibilisieren und zur Mitwirkung an der Umsetzung des Dortmunder Aktionsplans zu aktivieren.

Es geht dabei sowohl um Gruppen, die schon lange erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus in Dortmund machen, als auch um zusätzliche, die bisher noch nicht im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen.-Aktive Rechtsextremismusbekämpfung bedarf einer wachsenden Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und ihren Sichtweisen.

Strategische Ziele

- Die Werte unserer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft werden herausgestellt, die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremisten wird entlarvt.
- Die Stadtgesellschaft wird sensibilisiert im Umgang mit Ausprägungsarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diversitäts- und Inklusionsansätze werden gefördert.
- Die Stadtgesellschaft wird aktiviert für bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage zur Stärkung der lokalen Demokratie.
- Es werden verstärkt Informationen und Handlungsoptionen an die gesamte Stadtgesellschaft sowie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vermittelt.
- Die bereits vielfältig vorhandenen Angebote zur Prävention gegen Rechtsextremismus müssen gebündelt, ausgebaut und noch besser als bisher bekannt gemacht werden.
- Rechtsextreme Thesen werden in Bezug auf ihre menschenverachtenden und diskriminierenden Phrasen enttarnt.
- Es wird eine positive Kultur der Demokratieförderung etabliert, um auch die bisher weniger beteiligte Bürgerschaft zu mobilisieren.

Maßnahmenvorschläge

- Informationen über Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, Angebote und Fördermöglichkeiten werden zielgruppenspezifisch weiterentwickelt und ausgebaut (Internetauftritt, Social Media und Printmedien).
- Um weiterhin eine möglichst große Reichweite zu erzielen, sollen, aufbauend auf den verschiedenen Netzwerken und vorhandenen Strukturen in den Stadtbezirken, weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Institutionen und Verbänden für die Problematik sensibilisiert werden.
- Die Stadt Dortmund unterstützt Maßnahmen, die geeignet sind, interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die nicht institutionell oder parteilich gebunden sind, über rechtsextreme und rechtspopulistische Aktivitäten zu informieren und ihr Engagement für Demokratie und Vielfalt zu fördern.
- Angebote mit dem Ziel der Demokratieförderung und Einübung von Zivilcourage für Schulen, Ausbildungsbetriebe und Jugendliche im außerschulischen Bereich werden ausgebaut und dafür modellhaft Projekte entwickelt.

- In Schule und Jugendarbeit werden demokratiefördernde Angebote ausgebaut. Hierzu wird analysiert, welche Handlungsfelder sich bewährt haben, welche gestärkt und welche ausgebaut werden müssen.
- Für alle betroffenen Bereiche werden Schulungen zur Haltungs- und Handlungssicherheit angeboten. Dies umfasst sowohl die Konfrontation mit dem Rechtsextremismus als auch mit dem Rechtspopulismus.
- Jugend- und Schulgruppen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, werden unterstützt.
- Es werden spezielle Programme für die Arbeit mit älteren Menschen entwickelt, auch weil diese einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die jüngere Generation haben.
- Die Dortmunder Kultureinrichtungen werden stärker in die Arbeit für Respekt, Vielfalt und Demokratie einbezogen.
- Regelmäßige öffentliche Konferenzen werden durchgeführt, um über Personen, Strukturen, Strategien und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Dortmund und darüber hinaus zu beraten und zu informieren.
- Gemeinsam mit den Sportvereinen, werden weitere Vereine und Initiativen für dieses Feld sensibilisiert. Ziel ist die Übernahme von demokratischen, menschenrechtsorientierten Werten in die Leitbilder und Satzungen. Ebenso werden sie ermuntert, diese mit Aktionen nach innen und außen zu verdeutlichen.
- Die Migrantenselbstorganisationen sollen stärker als bisher für das Thema Rechtsextremismus in unserer Stadt sensibilisiert und eingebunden werden.
- Wir fordern alle Schulen in Dortmund auf, sich um die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu bewerben. Sie sollen dauerhafte und nachhaltige Konzepte zur Förderung demokratischer Kultur und Strukturen in ihrem schulischen Alltag entwickeln und umsetzen.
- Die Zusammenarbeit mit den Medien zum Thema Rechtsextremismus soll verstärkt werden.

3.3 Institutionen und Akteursnetzwerke

Gegen rechtsextreme Umtriebe geschieht in unserer Stadt schon jetzt sehr viel. Im Rahmen der Novellierung des Aktionsplans wurde jedoch deutlich, dass die bisherigen Aktivitäten zur Stärkung der lokalen Demokratie und der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht ausreichen. Es gibt immer noch Bereiche, die gezielt aktiviert bzw. mit denen eine noch intensivere Zusammenarbeit vereinbart und abgestimmt werden könnte.

Strategische Ziele

- Kooperation und Vernetzung der beteiligten Akteure werden gestärkt und der Informationsfluss wird optimiert.
- Sowohl einzelne Agierende als auch bestehende Netzwerke gegen Rechtsextremismus werden vermehrt unterstützt.
- Es ist eine Daueraufgabe, neue Partnerinnen und Partner aus Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Sport inklusive städtischen Einrichtungen zur Mitwirkung in vorhandenen Strukturen zu gewinnen.
- Einzelpersonen, Institutionen, Unternehmen, Vereine, Verbände, Initiativen gegen Rechtsextremismus erfahren eine Aktivierung und Qualifizierung im entsprechenden Handlungsbereich.
- Der regelmäßige Austausch und die Vernetzung zwischen den bestehenden Runden Tischen werden ausgebaut.
- Polizei, Justiz und die Zivilgesellschaft sollen in einen verstärkten Austausch kommen.

Maßnahmenvorschläge

- Zweimal im Jahr wird durch die Koordinierungsstelle zu einer großen Akteurskonferenz eingeladen.
- Die Abstimmung aller Beteiligten bei Maßnahmen gegen Rechtsextremismus wie z. B. bei Aufmärschen wird ausgebaut. Die Mobilisierung auch zu kleineren Kundgebungen wird thematisiert, diskutiert und es wird eine gemeinsame Strategie entwickelt.
- Die lokale Wirtschaft in Dortmund ist noch mehr als bisher gefordert, materielle und immaterielle Unterstützung zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Schwächung des Rechtsextremismus zu leisten. Wirtschaftsverbände etc. sollen daher verstärkt für die Wichtigkeit dieser Thematik sensibilisiert werden.
- Der Rat der Stadt Dortmund fordert alle städtischen Ämter und stadteigenen Betriebe auf, geeignete Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu entwickeln und umzusetzen.
- Der Wissenstransfer unter den Aktiven wird gefördert. Dazu soll es auch einen Erfahrungsaustausch mit anderen betroffenen Städten geben, etwa im Rahmen einer Konferenz über rechtsextreme Aktivitäten in Großstädten.
- Um einen Austausch von Polizei, Justiz und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, sollen ausgewählte gemeinsame Sitzungen stattfinden.
- Es wird eine barrierefreie Plattform konzipiert, auf welcher Aktionen und Informationen gebündelt der Dortmunder Bevölkerung zur Verfügung stehen.

3.4 Stadtteilarbeit

Übergriffe auf Personen, die die Neonazis als ihre potentiellen Gegner ausmachen, aber auch auf deren Büros, Lokale und Geschäfte fanden bereits in ganz Dortmund statt.

Zugleich gibt es Orte in der Stadt, die die Neonazis als "ihre Gebiete" beanspruchen, in denen sie "Macht" ausüben wollen.

Sie versuchen ihren Herrschaftsanspruch mit gewalttätigen Einschüchterungen, Bedrohungen und Übergriffen auf die lokale Bevölkerung durchzusetzen.

Solche Orte gibt es bereits in mehreren Stadtteilen.

Eine Verlagerung in andere Stadtteile ist jederzeit denkbar.

Die beschriebenen Orte bedürfen gezielter Aktionsformen, um den Neonazis deutlich zu machen, dass die demokratische Stadtgesellschaft die von ihnen aufgestellten Hegemonieansprüche nicht akzeptieren und auch in Zukunft niemals akzeptieren werden.

Strategische Ziele

- Es gilt, die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung im Stadtteil in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu verbessern.
- Der demokratische Zusammenhalt vor Ort im Sinne der Vielfalt und Weltoffenheit dieser Stadt wird gestärkt.
- Initiativen und Gruppen gegen Rechtsextremismus vor Ort werden gefördert.
- Die Präventionsarbeit in allen Stadtteilen und für alle Stadtteile in Dortmund wird intensiviert.
- Die Stadtgesellschaft unterstützt Stadtteile, in denen die Präsenz von Rechtsextremisten zu einem erheblichen Problem geworden ist.
- Es werden Strategien entwickelt für Stadtteile mit verfestigten rechtsextremen Strukturen.
- Die erfolgreiche Arbeit der bisher bestehenden Runden Tische soll durch die Stadt Dortmund gestärkt und in weiteren Stadtteilen implementiert werden.
- Weiterentwicklung der Infrastruktur der örtlichen Jugend- und Sozialarbeit.
- Es werden Angebote und Aktionsformen mehr in den Vordergrund gerückt, die die positiven Grundwerte, Haltungen und Stärken in den Stadtteilen und Stadtbezirken betonen.
- Entwicklung von sozialräumlich orientierten Handlungskonzepten zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Familien in Schule, Tageseinrichtungen für Kinder und in Vereinen.
- Ein weiterer besonderer Schwerpunkt bei der Werbung für den zivilgesellschaftlichen Widerstand bildet die Beteiligung von Menschen mit einem Zuwanderungshintergrund und deren demokratischen Organisationen.
- Dem „Raumkampf“ der Rechtsextremen wird durch gezielte und abgestimmte Maßnahmen aller Beteiligten und Betroffener der Boden entzogen.

Maßnahmenvorschläge

- In den Stadtbezirken werden bürgerschaftliche Zusammenschlüsse aus allen wesentlichen sozialräumlichen Mitwirkenden und gesellschaftlichen Gruppierungen gebildet. Dabei werden vorhandene Strukturen in den Stadtteilen für die Vernetzungsarbeit gegen Rechtsextremismus und -populismus genutzt. Die jeweiligen Zusammenschlüsse nehmen in ihrem Stadtteil folgende Aufgaben wahr: Beobachtung der Entwicklungen im Stadtteil, Informationsaustausch und strategische Absprachen, Entwicklung von gezielten demokratischen Aktivitäten sowie Beratung von Einzelpersonen und Gruppen.
- Es werden unterschiedliche Module zur Unterstützung der Vernetzung und des Widerstandes gegen Rechtsextremismus vor Ort entwickelt. Das sind z.B. Materialien für die Arbeit der Runden Tische, Strategien zum Umgang mit örtlichen Bezügen von Rechtsextremisten im Netz, Notfallpläne, Ausbildung von Stadtteil-Moderatoren und zur Öffentlichkeitsarbeit
- In die Arbeit der jeweiligen Vernetzungen / Runden Tische werden gezielt und aktiv Immobilienbesitzerinnen und Immobilienbesitzer, Gewerbetreibende, örtliche Vereine, religiöse Gemeinschaften, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen sowie Sportvereine eingebunden.
- Die Aktivitäten in den Stadtteilen können nur dann erfolgreich sein, wenn eine enge Kooperation mit den vorhandenen Kampagnen als auch den Aktions- und Masterplänen erfolgt.
- Für den Austausch der Runden Tische und Netzwerke untereinander organisiert die Koordinierungsstelle mindestens 2x jährlich ein entsprechendes Vernetzungstreffen.
- Die Interessen von Stadtteilen, die in besonderem Maße von Aktivitäten der Neonazis betroffen sind, werden sorgfältig beachtet, berücksichtigt und geschützt. Geplante Maßnahmen in diesen Stadtteilen werden auf ihre Auswirkungen auf die neonazistischen Strukturen vor Ort sowie den Widerstand dagegen geprüft. Dies sollte sowohl für städtische Planungen, aber zum Beispiel auch für eventuelle Kundgebungen und Aufmarschrouten von Neonazis gelten. Die lokalen Netzwerke sind im Vorfeld dabei einzubeziehen.

3.5 Schutz und Hilfe für von rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt bedrohte und betroffene Menschen

Der Schutz für von rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt bedrohte Menschen ist eine Daueraufgabe für Polizei, Stadtverwaltung, Politik, Justiz und Zivilgesellschaft.

Es ist wichtig, dabei die verschiedenen Erscheinungsformen von rechtsextremer Gewalt zu differenzieren. Am dringlichsten ist es, Formen direkter körperlicher Gewalt und offensichtlicher Kriminalität zu unterbinden. Darüber hinaus arbeiten alle demokratischen Kräfte zusammen, wenn es um die in Dortmund zunehmenden Bedrohungen und Einschüchterungen durch Neonazis und dem hieraus steigenden Bedrohungsgefühl für viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt geht. Diese Bedrohungen sind zunehmend auch im Internet vorfindbar. Schließlich umfasst vorausschauender Opferschutz auch wirksame Prävention gegen vielfältige Formen der Diskriminierung.

Durch die Gründung einer westfälischen Opferberatung wurde in Dortmund mit Fördermitteln der Stadt und des Landes NRW ein Unterstützungsangebot für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt geschaffen. Dieses muss aufgrund der steigenden Nachfrage verstetigt werden.

Strategische Ziele

- Die gegen rechtsextreme Umtriebe in unserer Stadt Aktiven müssen geschützt werden.
- Zivilcourage muss eingeübt und gestärkt werden.
- Die Bevölkerung wird vor rechtsextremer Gewalt durch die Schaffung sicherer Räume geschützt.
- Die kontinuierliche Weiterentwicklung und nachhaltige Sicherstellung der Opferberatung muss gewährleistet sein.

Maßnahmenvorschläge

- Durch die Einrichtung einer Monitoring-Stelle werden die Zivilbevölkerung sowie die Akteurinnen und die Akteure über rechtsextreme und/oder rassistisch motivierte Straftaten in Dortmund aufgeklärt und eine gesicherte und erweiterte Öffentlichkeitsarbeit durch die Opferberatung garantiert.
- Es braucht zielgruppenspezifische Trainingsangebote zu Zivilcourage, Selbstbehauptung und Deeskalation.
- Es ist unumgänglich, dass der Zeugenschutz deutlich verbessert wird. Dazu sollten Kontakte zum Bundes- und Landesgesetzgeber erwogen werden, um entsprechende Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen.
- Die Öffentlichkeit muss für die Situation von (potentiellen) Betroffenen rechtsextremer und/oder rassistischer Gewalt sensibilisiert werden.
- Das persönliche Risiko der Handelnden und Betroffenen muss gemindert werden.
- Die Stadt Dortmund setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine Regelfinanzierung der Opferberatung durch Land und Bund ein.

3.6 Ausstieg und Deradikalisierung

Die Stadt Dortmund steht seit Jahren im Fokus medialer Berichterstattung, wenn es um Präsenz, Aktionen und sozialräumliche Dominanzversuche rechtsextremer Gruppierungen und Einzelpersonen geht. Begrifflichkeiten wie „Angsträume“, „Hochburg“, „National Befreite Zone“ oder „Neonazi-Kiez“ bestimmen die Schlagzeilen. Es hat sich ein „Aktionsraum Rechts“ in einer westdeutschen Großstadt herausgebildet, der geprägt ist von der Entwicklung und Erprobung strategischer Konzepte, permanenter Provokation und öffentlicher Präsenz, Raumkampf, dem Anspruch eines bundesweiten Ausbildungszentrums, der Einschüchterung politischer Gegner, internationaler Vernetzung, eines Rekrutierungsfeldes und differenzierter Angebotsformen der Erlebniswelt Rechts. In diesen Kontexten werden immer wieder Konzepte der Großstadtarbeit von Rechtsextremen neu entwickelt.

In Dortmund agieren verschiedene politische Akteure und Parteien, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit- und Demokratieablehnung in ihrer politischen Agitation vorantreiben. Dadurch ist ein Nährboden entstanden, der mögliche Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen bzw. jungen Menschen extrem begünstigen kann. Bei Prozessen der Hinwendung zu extremistischen Gruppen und/oder Ideologien handelt es sich um dynamische Prozesse, in deren Verlauf auch Erfahrungen von Widersprüchen, Stagnationen oder Rückzugsbewegungen möglich sind. Für die pädagogische Arbeit hieraus ergibt sich, dass nicht nur der Ausstieg aus dem Rechtsextremismus gefördert werden muss. Vielmehr soll auch ein „Ausstieg vor dem Einstieg“ gefördert werden, um das Abgleiten von Jugendlichen in rechtsextreme Szenen zu verhindern.

Strategische Ziele

- Ansprache- und Zugangsformen zur Klientel werden professionalisiert und Methoden zur Distanzierungsarbeit werden identifiziert.
- Die Ausstiegsarbeit für die aktive Klientel aus bereits verfestigten rechtsextremistischen Strukturen in Dortmund wird qualifiziert weiterentwickelt.
- Die Institutionalisierung eines lokal verankerten und erreichbaren, hinreichend finanziell und personell ausgestatteten Ausstiegsprojektes, eingebunden in landesweite Kooperationen und Netzwerke.

Maßnahmenvorschläge

- Es wird ein Netzwerk mit qualifiziert Handelnden und Unterstützern in verschiedene Sozialräumen der Stadt Dortmund entwickelt. Zielsetzung ist es, eine systematische Ansprache an die sich im Radikalisierungsprozess befindlichen Jugendlichen und jungen Menschen zu leisten (Einstiegsprävention). Es sollen Alternativwelten zum Rechtsextremismus aufgezeigt und Zugänge in demokratisch verortete soziale Bezüge hergestellt werden.
- Qualifizierung von Brückenpersonen, Multiplikatoren, Fachkräften und Institutionen in Formen der Erstansprache.
- Die personelle und logistische Präsenz der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit in Dortmund wird ausgebaut. Zugleich wird die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt.
- Dafür setzt die Stadt Dortmund sich auf den ihr möglichen Ebenen ein für eine finanzielle Sicherstellung dieser Arbeit in Dortmund.
- Mitarbeit in lokalen Bündnissen und Netzwerken zur Repräsentanz und Themensetzung im Bereich der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit.
- Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen im Themenfeld Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit für die Fachöffentlichkeit und relevante Akteursgruppen (Schule, Jugendhilfe, politische Jugendbildung, Vereine, Verbände, Berufsausbildung und -qualifizierung etc.).
- Es soll die Kooperation und der fachliche Austausch mit bundesweiten Netzwerken weiterentwickelt werden.
- Die Vernetzung mit Ausstiegsprogrammen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Träger im Land Nordrhein-Westfalen wird intensiviert.
- Die Vernetzung mit weiteren Beratungsstrukturen im Themenfeld Rechtsextremismus in der Region wird ausgebaut.
- Mitarbeit in regionalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus / pro Demokratie und Vielfalt.

3.7 Öffentlichkeitsarbeit der Rechtsextremisten und Gegenöffentlichkeit

Rechtsextreme und Rechtspopulisten nutzen verstärkt die neuen Medien, um ihre Ansichten zu verbreiten und neue Anhänger zu gewinnen. Ein wesentlicher Anteil der Arbeit von rechtsextremen Gruppen findet heute im Internet statt, da die Gewinnung einer neuen Anhängerschaft über dieses Medium besonders einfach funktioniert. Es werden dabei simple Lösungen angeboten.

Themen werden auf ihren Internetseiten einseitig bewertet und dargestellt, die Meldungen und Informationen anderer Kanäle entsprechend kommentiert. Diese Medienschaufen bergen die Gefahr, dass sie von uninformierten Leserinnen und Lesern nicht als das erkannt werden, was sie sind, und dass ihre Inhalte für originale Informationen gehalten werden. Ungeprüfte oder nicht erkennbare Zitate von rechtsextremen Seiten kommen heute selbst in etablierten Medien vor. Rechtsextreme haben sich im Internet weitere Wege erschlossen, ihre Hassbotschaften und ihre verquere Weltsicht in Kommentaren und Postings zu verbreiten. Unter anderem kündigen sie Aktionen im Internet an, die sie in der Realität dann nicht unbedingt durchführen. Alleine dies lässt die Bürgerinnen und Bürger oft von der Wahrnehmung ihrer Rechte und dem Vertreten ihrer Meinung zurückschrecken, wie beispielsweise bei der Teilnahme an Gedenkveranstaltungen, Demonstrationen, aber auch bei Wahlkampfständen der demokratischen Parteien.

Einige Medien fördern den Trend zu immer mehr Unterhaltung, Lifestyle und persönlichen Vorlieben, statt zu Information und kritischem Bewusstsein. Große Teile der Bevölkerung sind deshalb mit seriösen Nachrichten, wie in lokalen Zeitungen vorzufinden, nicht mehr erreichbar.

Durch die Schaffung einer eigenen Identitätswelt für alle Bereiche des Lebens bieten die Rechtsextremen heute im Internet besonders Jugendlichen eine Alternative zu den traditionellen Wegen der Information. Die heutigen technischen Möglichkeiten machen es leichter, die Bedeutung einseitiger Information als einzige Realität wahrzunehmen. Die Gefahr einer sich selbst ständig bestätigenden Erlebniswelt ohne Wirklichkeitsbezug wird damit erheblich größer.

Die Vermarktung spezifischer Produkte aus der Lebenswelt „Rechts“ (Zwillen, Pfefferspray, Spuckis) über das Internet trägt bei den Rechtsextremen zur Finanzierung ihrer menschenfeindlichen Aktivitäten bei. Eine Aufklärung besonders von Jugendlichen über die Bedeutung von Symbolen, Abkürzungen und unterschweligen Botschaften der rechtsextremen Szene sowie Kleidung, Musik und Medien gehört heute zum Rüstzeug der demokratischen Willensbildung und dient damit der Erhaltung einer Gesellschaft mündiger Menschen.

Viele Journalistinnen und Journalisten engagieren sich in ihrer Arbeit aktiv für eine Gegenöffentlichkeit durch differenzierte Darstellung der Sachverhalte sowie auch einer ganzheitlichen Information über die Aktivitäten der Rechtsextremen. Oftmals werden sie in der Konsequenz verfolgt und bedroht. Das ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht hinzunehmen. Auch die Rolle der Justiz bei der Ahndung und Verfolgung gewinnt eine immer größere Bedeutung.

Strategische Ziele

- Medienkompetenz zu stärken bedeutet nicht nur den Umgang mit den neuen Medien zu erlernen. Darüber hinaus muss es auch darum gehen, erkennen zu können, wie rechtsextreme und rechtspopulistische Medien mit einseitigen bis gefälschten Inhalten Menschen manipulieren. Diese Fähigkeiten müssen frühzeitig im Leben erlernt werden und fester Bestandteil der Wissensvermittlung in jedem Alter sein.
- Ziel muss es sein, diesen einseitigen rechtsextremen Medien eine Gegenöffentlichkeit gegenüber zu stellen. Dabei muss die Zivilgesellschaft nicht nur reagieren, sondern selber aktiv werden. Eine direkte Kommentierung wertet die Inhalte oft auf. Von daher ist eine eigene, unabhängige Berichterstattung über rechtsextreme Aktionen nötig.
- Falschmeldungen muss jeder bekämpfen. Die Bürgerinnen und Bürger sind dazu aufgerufen, gegen die Manipulation der Wahrheit und der öffentlichen Meinung aktiv zu werden. Dabei hilft Information und Aufklärung der Kommune durch die Erstellung eines Leitfadens über passive Beeinflussung und über mögliche Maßnahmen der aktiven Gegenöffentlichkeit.
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gegen Rechtsextremismus muss alle Bürgerinnen und Bürger erreichen. Auch Behörden, Betriebe, Vereine und die Politik müssen andere, sich selbst und ihre Mitglieder gezielt über die Gefahren des Rechtsextremismus informieren und weiter dafür sensibilisieren. Die Stadt Dortmund ist darauf angewiesen, sich eine eigene Plattform zur Verbreitung relevanter Informationen aufzubauen. Wesentliches Ziel hat dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft zu sein.
- Rechtliche Mittel müssen verstärkt eingesetzt werden, um vor Bedrohungen und Belästigungen zu schützen. Konsequenzen aus der Meldung von strafbaren Inhalten oder Hassbotschaften im Internet setzen sich jetzt vermehrt bei der Justiz durch. Gleichzeitig tragen rechtliche Maßnahmen zu einer realistischen statistischen Erfassung von rechtsextremer Gewalt bei und ziehen den Tätern die Maske der Legitimität vom Gesicht. Dazu gehört der Hinweis auf rechtliche Information der Bürgerinnen und Bürger über Datenschutz, Datensicherheit und die Urheber- und Verwertungsrechte bei persönlichen Angaben und veröffentlichten Texten und Bildern.

Maßnahmenvorschläge

- Aufklärungsaktionen von Schulen, Kitas und Einrichtungen der Jugendarbeit, in der VHS und in Seniorengruppen thematisieren oft bereits die Gefahren durch rechtsextreme Propaganda und Aktivitäten. Dies ist durch einen kommunalen Leitfaden zu fördern. Er ist in jeweils zielgruppenorientierter Sprache zu gestalten.
- Maßnahmen der Gegenöffentlichkeit sind journalistisch oder durch Jeden persönlich möglich. Einige Blogger engagieren sich besonders für eine für alle zugängliche Information über rechtsextrem instrumentalisierte Themen und Taten. Besonders, wenn dies ehrenamtlich erfolgt, ist diese Arbeit wesentlich zu unterstützen.
- Jeder kann sich auch zu rechtspopulistischen Themen einzeln oder in Gruppen, zum Beispiel in Form von Leserbriefen, mit Auftritten auf Internetseiten, in den „sozialen“ und mobilen Netzwerken – wie Facebook, Twitter & Co. - sowie über Blogs und Foren äußern. In geschlossenen Gruppen und über Kurzmitteilungsdienste können sich Nutzerinnen und Nutzer dort entweder gegenseitig informieren oder in öffentlichen Auftritten für Aufklärung sorgen und Gleichgesinnten helfen.
- Jede und jeder Einzelne, jeder Verein, jeder Betrieb, jede Gruppe und Einrichtung sollte bei der Öffentlichkeitsarbeit das Thema Rechtsextremismus thematisieren und sich dazu äußern. Aktive Gruppen wie Runde Tische gegen Rechtsextremismus dienen dabei bis in den Stadtteil hinein als Sprachrohr für alle Formen des Widerstandes gegen Rechtsextremismus.
- Informationen über rechtliche Möglichkeiten bei Bedrohung und Verfolgung, über den Schutz von Veranstaltungen, dem Eigentümer- und Mieterschutz oder Betriebs- und Vereinsregelungen sind von der Stadt Dortmund verstärkt anzubieten. Daher wird eine Plattform konzipiert, auf welcher Aktionen und Informationen gebündelt den Dortmunderinnen und Dortmundern zur Verfügung stehen.

4. Strategische Umsetzung

Mit Inkrafttreten des „Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ im Jahr 2011 haben sich die Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus in Dortmund weiter verstärkt. Durch intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit von demokratischer Zivilgesellschaft, kommunaler Verwaltung und Polizei ist es insbesondere gelungen, ein Anwachsen der rechtsextremen Szene in Dortmund zu verhindern.

Gleichwohl gibt es in Dortmund nach wie vor eine nicht zu unterschätzende rechtsextreme Szene, so dass eine weitere Intensivierung der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus erforderlich ist. Dafür soll die nun vorliegende Novellierung als Grundlage dienen.

Wir haben den Aktionsplan von Beginn an als kontinuierlichen und ständig weiterzuentwickelnden Prozess verstanden. Daher sind wir auch nach der Novellierung weiterhin an einer ständigen Fortschreibung interessiert und laden auch in Zukunft hierzu alle gesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen nachdrücklich ein.

Bei der Steuerung dieses anspruchsvollen Prozesses, kommt der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie eine besondere Rolle zu.

Besonders wichtig ist es hierbei, die Zivilgesellschaft auf Augenhöhe in all ihren unterschiedlichen Facetten in diesen Prozess einzubinden.

Die Strategien der Rechtsextremisten in Dortmund haben sich in den letzten Jahren immer wieder verändert. Insbesondere haben sie ihre Vernetzung zu anderen Gruppierungen auf Bundes- aber auch internationaler Ebene verstärkt.

Damit die Umsetzung des Dortmunder Aktionsplans auch weiterhin erfolgreich bleibt, müssen die demokratischen Netzwerkstrukturen auf lokaler, regionaler, Landes-, Bundes- und auch internationaler Ebene unsererseits ebenfalls verstärkt bzw. neu aufgebaut werden.

Ebenfalls bleibt es von herausragender Bedeutung, rechtzeitig inhaltliche und personelle Verknüpfungen des Aktionsplans zu weiteren kommunalen Entwicklungskonzepten und Arbeitszusammenhängen in Dortmund herzustellen.

Zur kontinuierlichen und erfolgreichen Fortsetzung der Arbeit gegen den Rechtsextremismus ist die Gewinnung neuer Mitstreiterinnen und Mitstreiter zur Stärkung der Dortmunder Zivilgesellschaft unabdingbar. Die bestehenden Strukturen und die Unterstützung durch die Akteursnetzwerke sorgen dafür, dass für die „Neuen“ keine Zusatzbelastungen entstehen. Dabei sollte jedoch immer wieder verdeutlicht werden, dass die Kernkompetenzen der jeweiligen Kooperationspartnerinnen und -Partner bei der Netzwerkarbeit erhalten bleiben sollen und müssen.

Darüber hinaus muss in diesem Kontext das vorhandene Ämternetzwerk gestärkt und erweitert werden, um alle relevanten Ämter und Dienststellen der Dortmunder Stadtverwaltung bei der Mitarbeit am Lokalen Aktionsplan für Dortmund einzubinden. Dadurch wird sichergestellt, dass, je nach Kompetenz und Wissensstand, die verwaltungsinternen Ressourcen optimal in den Aktionsplan eingespeist werden können. Das weitere Gelingen der Umsetzung des Aktionsplans kann nur durch die Übernahme der gemeinsamen Verantwortung von demokratischer Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Polizei gelingen.

Dortmund ist für die rechtsextreme Szene ein Anker- und Kumulationspunkt, der als Brückenkopf für Aktionen im ganzen Bundesgebiet dient.

Die Arbeit gegen den Rechtsextremismus ist ohne eine entsprechende Finanzierung nicht möglich. Dabei ist die finanzielle Unterstützung von Projekten und Maßnahmen durch Land und Bund von besonderer Bedeutung.

Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus können in Dortmund derzeit sowohl mit kommunalen als auch mit Bundesmitteln gefördert werden. Perspektivisch sollen diese Mittel durch eine neu aufgelegte Förderung durch das Land NRW ergänzt werden.

Die in unserer Stadt initiierten Projekte können langfristig und dauerhaft nicht allein durch kommunale Mittel gesichert werden. Es ist daher eine Verstetigung der staatlichen Finanzierung zwingend erforderlich. Weil erfolgreiche Initiativen zudem von stabilen Trägerorganisationen abhängig sind, ist es ferner wichtig, nicht nur die reine Projektarbeit zu unterstützen und zu finanzieren. Es sind vielmehr Investitionen gerade in die Infrastruktur von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen erforderlich.

Da die rechtsextremen Aktivitäten in Dortmund weit über unsere Stadt hinauswirken, fordern wir sowohl die Landesregierung NRW als auch die Bundesregierung auf, Dortmund im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nur finanziell, sondern auch ideell zu unterstützen.